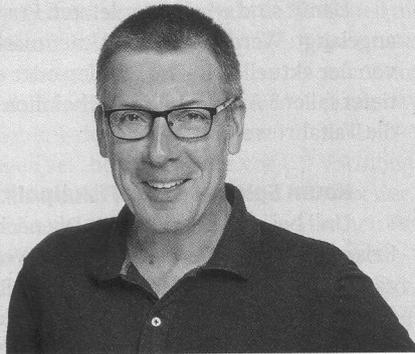


Nur sparen, wenn die Hütte brennt? Das ist zu wenig.



TEXT NIKO PAECH

Die Bundesregierung ruft die Deutschen zum Sparen auf – und organisiert mit Geldgeschenken, Gasgeschäften und LNG-Terminals die Vorwärtsverteidigung eines ökosuizidalen Lebensstils. Ein Irrweg. Notwendig wäre ein konsequenter Rückbau von Dekadenz, Prestige-Pomp und ruinösem Luxus.

Was haben CO₂-Moleküle, faule Subprime-Kredite, Coronaviren und russische Panzergranaten gemein? Sie werden wohl als Vorboten einer gesellschaftspolitischen Schubumkehr in die Historie eingehen. Die durch sie ausgelösten Eskalationen decken Bruchstellen einer Ökonomie und Lebensweise auf, die nie zukunftsbeständig sein konnte. Ursächlich dafür ist das Zusammenspiel einer umfassenden Technisierung, Globalisierung und Wachstumsorientierung. Die dadurch entfachte Wohlstandsexpansion wird gern als moderne Erfolgsgeschichte verklärt – mit einigen ökologischen Schönheitsfehlern, die sich aber, so die bisherige Zuversicht, mit grünen Technologien wieder ausbügeln lassen.

Von wegen. Nicht nur, dass sich alle Versuche einer Entkopplung der Komfortzone von ökologischen Schäden inzwischen als haltlos entpuppen. Auch scheitert das entgrenzte Industriemodell an seinem eigenen Anspruch. Der Zielkonflikt zwischen betriebswirtschaftlicher Effizienz und volkswirtschaftlichem Wachstum sowie Resilienz, also Krisenrobustheit, ließ sich nur so lange verdrängen, wie das globale Versorgungssystem keinem Stresstest unterzogen wurde. Jetzt tun sich überall Risiken und Verletzlichkeiten auf, vor denen erschrocken zurückgewichen wird. Und eine bis dato unbeirrte Chan-

cenmaximierung geht in hektische Schadensminimierung über. Nicht etwa aus Einsicht in die Notwendigkeit. Sondern schlicht, weil die Hütte brennt.

Allerdings vermitteln die Krisenbewältigungsstrategien der Politik das Bild eines Dealers, der seine Kundschaft vor der Konfrontation mit der Realität schützen möchte, indem er ihr eine höhere Dosis der alten Droge verabreicht. Die „Entlastungspakete“ der Bundesregierung folgen einer notorischen Gießkannenlogik, die in mehrfacher Hinsicht ins Leere läuft.

Das Neun-Euro-Ticket etwa markiert bei gleichzeitiger (!) Senkung des Energiesteuersatzes für Benzin und Diesel eine neue Qualität in der Pervertierung umweltpolitischer Grundprinzipien. Erstens wird so der Anreiz für Autofahrer, zur Bahn zu wechseln, nahezu pulverisiert. Zweitens wird zusätzlicher Verkehr induziert, statt den bisherigen Verkehr für Einkommensschwache und Pendler finanziell zu entlasten. Dabei wäre die generelle Senkung des Verkehrsaufkommens ein Gebot der Stunde; auch die Kapazität des öffentlichen Personenverkehrs ist ein knappes, ökologisch nicht neutrales Gut. Drittens profitieren, wie das Münchner ifo Institut vorrechnete, höhere Einkommen stärker von den Maßnahmen. Und viertens führen Bahnsteigchaos und überlastete Züge sogar dazu, dass manche Passagiere entnervt auf das Auto ausweichen.

Nichts könnte in diesen Monaten politisch angemessener sein als der Hinweis darauf, dass die infolge krisenbedingter Engpässe gestiegenen Energie- und Güterpreise ein untrügliches Signal dafür sind, wie unhaltbar der bis dato aufgetürmte Wohlstand ist. Notwendig wäre, abgedriftete Lebensstandards und Wohlstandspraktiken reduktiv an das anzupassen, was zukunftsbeständigen Verhältnissen entspräche. Die Politik organisiert stattdessen die Vorwärtsverteidigung eines ökosuizidalen Lebensstils, ganz gleich, ob es sich um Geldgeschenke, Gasgeschäfte mit Katar, LNG-Terminals oder eine technizistische Energiewende handelt, die viel von dem zerstört, was sie zu schützen vorgibt: den Rest an Natur.

Diese Erfüllung einer Wohlstandsgarantie hätten sich Pippi Langstrumpf und ihr kongenialer Finanzminister, Baron von Münchhausen, nicht trefflicher ausdenken können: Pippi wünscht sich was, und der Lügenbaron drückt zur Erfüllung der Wünsche Geld, bis das Papier ausgeht.

Zu wessen Lasten wirkt sich die Verschuldung aus? Das wird offenkundig, wenn sie durch Aufnahme ständig neuer Kredite in eine unbestimmte Zukunft verschoben und damit gerechtfertigt wird, wir könnten „aus der Krise herauswachsen“. Letzteres würde utopische BIP-Wachstumsraten voraussetzen – eine Umwandlung ökonomischer in umso höhere ökologische Schulden. Wir werden Zeuge einer doppelten Insolvenzverschleppung. Mit verheerenden Folgen. Denn dezimierte Lebensgrundlagen, so viel ist sicher, können nicht im Keller der Europäischen Zentralbank nachgedruckt werden.

„Keynes“ dotiert heute die Reichen

Überdies rast die sozialpolitische Folklore, die eine Angleichung individueller Lebensverhältnisse auf stetig höheren Anspruchsniveaus verspricht, noch aus einem anderen Grund auf ihr Finale zu. Wenn es vormals gelang, krisenbedingte Realeinkommensverluste durch monetäre Zuwendungen zu kompensieren, so verdankte sich dies einem simplen Umstand: Im globalen Dschungel vernetzter Produktionskapazitäten und Ressourcenlieferanten fanden sich fast immer irgendwo noch intakte Bezugsquellen. Nun aber hat sich – abgesehen davon, dass sich die Knappheit an Öl, Gas, Weizen, Holz, Mikrochips weltweit niederschlägt – hierzulande ein eklatanter Fachkräftemangel eingestellt. Und Geld zu verteilen nützt wenig, wenn es an Ressourcen und Fachkräften fehlt, um die nachgefragten Güter bereitzustellen. Deshalb verpuffen die staatlichen Ausga-

Essaypreis

WIR LIEBEN GUTE TEXTE. UND PRÄMIEREN DIE BESTEN.

Der **Essaypreis** der Hertie-Stiftung und der WirtschaftsWoche zum Thema „Demokratie und Wirtschaft“

Teilnahmebedingungen unter [gbst.de/essaypreis](https://www.gbst.de/essaypreis)

ben nach einem kurzen Strohfeuereffekt als Inflation. Folglich kehrt sich die sozialpolitische Wirkung der keynesianischen Ausgabenpolitik um: Durch die zusätzlichen Preissteigerungen ergibt sich ein Umverteilungseffekt zulasten unterer Einkommensschichten, die sich die nochmals verteuerten Waren nicht leisten können.

Ein ökologisches, zugleich ökonomisch und sozial resilientes Überlebensprogramm ist daher nur als verteilungsgerechte Selbstbegrenzung darstellbar. Und ein solcher Wohlstandsabbau wird sich auf die politische Agenda der Industrienationen schleichen – *by design or by desaster*.

Nicht nur prosperierende Staaten, sondern auch Länder des „globalen Südens“ sehen sich vor die Wahl gestellt zwischen dem Spatz in der Hand (essenzielle Güter aus heimischer Produktion) und der Taube auf dem Dach (Importgüter). War es je zu rechtfertigen, dass in Deutschland ein Wohnkomfort wuchert, der ein Vielfaches jener Energie verschlingt, die im eigenen Land ver-

füßbar ist? Und wie konnte eine Entwicklung akzeptiert werden, in der Länder von Weizenlieferungen aus Russland und der Ukraine abhängig sind, statt vor einer Luxusanhäufung erst ihre eigene Versorgung mit unverzichtbaren Gütern zu sichern?

Die Rückführung überzogener Ansprüche auf ein krisenfestes Niveau ist Bestandteil einer Postwachstumsstrategie, die neben vielen anderen Maßnahmen einer Suffizienzstrategie bedarf. Sie müsste darauf basieren, zwischen basalen Grundbedürfnissen und reinem Luxus zu unterscheiden. Suffizienz ist überzeugend begründbar und am wirksamsten, wenn sie dort ansetzt, wo maximalen Schäden durch frei wählbare Handlungen nur minimale Rechtfertigungsgehalte entgegenstehen.

Der Rückbau des dekadenten und zugleich schädlichen Luxus lässt sich erstens sozialpolitisch legitimieren: Fühlen sich Hartz-IV-Empfänger benachteiligt, wenn Weltreisen, Kaviar, Formel-1-Rennen und anderer Prestige-Pomp abgeschafft oder limitiert würden? Erkrankte, verhungerte oder erfror jemals ein Mensch, der nach dem Abi nicht nach Neuseeland flog und keinen PC von Apple besaß? Zweitens ist die Differenzierung zwischen Grundbedürfnissen und Luxus auch ökonomisch effizient, weil eine knappe Ressource – etwa das Recht auf Emission von CO₂ – dort zum Einsatz käme, wo ihr Fehlen den größten Schaden verursachen würde. Konkret: Ist die Stromversorgung von Spielkonsolen genauso wichtig wie die eines Krankenhauses?

Wenn der Wirtschaftsminister nun Kohlekraftwerke in Betrieb nehmen und pro Jahr 400 000 Wohnungen bauen lassen will, sollte er durchrechnen lassen, wie viel Kreuzfahrten, Flugreisen, SUVs, Smartphones für Fünfjährige, Fleisch und anderer Luxus zu reduzieren wäre, um die zusätzlichen Emissionen ausgleichen zu können. Wenn aufgeklärte Gesellschaften nicht einmal angesichts der aktuellen Situation imstande sind, sich von jenem ruinösen Luxus zu befreien, der sich nicht legitimieren lässt, sind sie gescheitert. ■

NIKO PAECH, 61.

ist Volkswirt und außerplanmäßiger Professor für Plurale Ökonomik an der Universität Siegen. Er plädiert in zahlreichen Büchern für eine „Postwachstumsökonomie“. Soeben erschienen (mit Katja Gentinetta) in der Reihe „Streitfragen“ des Westend Verlags: „Wachstum?“, 2022, 14 Euro.

„Verhungerte je ein Mensch, der nach dem Abi nicht nach Neuseeland flog? Ist die Stromversorgung von Spielkonsolen genauso wichtig wie die eines Krankenhauses?“